

# Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

## Ostbayernrunde und Zukunftsrat

Genau dreißig Jahre ist es her, dass sich in Bonn erstmals die (bis zu 13) CSU-Bundestagsabgeordneten aus Niederbayern und der Oberpfalz in der von ihnen so bezeichneten „Ostbayernrunde“ zusammenfanden. Die Bundestagswahl 1980, mit Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß (CSU), aber weiterhin mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), hatte die revierfernen Abgeordneten Ostbayerns zum Handeln gezwungen und nach der Konstituierung des Deutschen Bundestags anfangs 1981 erstmals ein gemeinsames Arbeitsprogramm erstellen lassen. Obwohl es noch keinen „Zukunftsrat“ gab, war auch damals „die Provinz“ vergessen, besonders im fernen Bonn am Rhein.

Der Autor, 1980 erstmals mit dem Passauer Direktmandat im Deutschen Bundestag versehen, aber schon seit 1974 im Bayerischen Landtag und ab März 1977 im Bundesparlament tätig, und zwar im Haushaltsausschuss, hatte die Zeichen der Zeit erkannt. Wenn die CSU-Landesgruppe insgesamt bayerische Interessen am Rhein vertreten wollte, dann sollte die „Ostbayernrunde“ niederbayerische Interessen bündeln und die Oberpfälzer zur Mitarbeit bewegen. Die Gründungsmitglieder waren, außer dem Autor, Josef Brunner (Schwandorf), Hermann Fellner (Amberg), Franz Handlos (Deggendorf), Ernst Hinsken (Haibach), Dr. Dionys Jobst (Cham), Dr. Max Kunz (Weiden), Dr. Günther Müller (Rottal), Alois Rainer (Straubing) und Benno Zierer (Regensburg). Den Wahlkreis Landshut vertrat Dr. Fritz Zimmermann, der aber als Landesgruppenvorsitzender nicht für die „Ostbayerische Pressure Group“ auftreten konnte.

### „Die Erfolge sind den Niederbayern nie in den Schoß gefallen“

Etwa 20 Jahre später hatte die PNP-Redakteurin Cornelia Wohlhüter in ihrer Samstags-Kolumne vom 11. 11. 2000 einen Titel gewählt, der folgend lautete: „Rastlos: Seit 20 Jahren kämpfen die CSU-MdBs in der „Ostbayernrunde“ erfolgreich für die Region“. Ferner schrieb sie: „Die Erfolge sind den Niederbayern nie in den Schoß gefallen, sie mussten immer darum kämpfen.“ Aber es hatten sich tatsächlich Erfolge eingestellt – wobei ein echter Demokrat nie behauptet, ihm allein wären sie zu verdanken. Es drehte sich immer um ein Zusammenspiel der Kräfte, um Geben und Nehmen, um Vorpreschen und Zurückstehen, um Eintreten für das Ganze und manchmal um egoistisches



Vilshofen hat durch Donau-Baumaßnahmen sehr gewonnen (2002)

Auftreten, wenn die eigenen Argumente die besten waren. Das weiß auch der ab 2002 tätige Ostbayern-Chef Barthl Kalb. Zurückblickend kann man also durchaus Erfolge feststellen, wobei das Arbeitsprogramm von 1981 in vielen Teilen erfüllt, in anderen Teilen aber von der Geschichte überholt wurde. Letzteres galt zum Beispiel für die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, aber auch für die umfassende Präsenz der Bundeswehr in der Fläche, für Grenzpolizei und Zoll, für die arbeitsintensive Textilindustrie oder für die flächendeckende Granitindustrie. Auch der Donauausbau ist nur bei Kelheim und Regensburg erfolgt, aber nicht zwischen Straubing und Vilshofen. Von den ins Auge gefassten Autobahnen wurde die A 92 zwischen Deggendorf und München sehr schnell realisiert, die A 3 zwischen Passau und Regensburg erst nach großem Ärger zwischen Plattling und Straubing (Pro-Demonstrationen bei Straßkirchen) und die A 94 (Passau-Mühldorf-München) im niederbayerischen

Teil überhaupt nicht und im oberbayerischen Abschnitt nur in Teilbereichen. Manchmal waren es die Bürgerdemonstrationen gegen die „Großprojekte“, manchmal die Behörden und politischen Interessen, und manchmal lief auch die Geschichte anders. Durch die Beseitigung des Eisernen Vorhangs und vor allem durch die Gestaltung der Europäischen Union waren eben weit weniger Bundesbehörden zur Überwachung des Grenzraums nötig. Es war dann mit der befürchteten neuen Kriminalität nicht so weit her und auch nicht mit der Überschwemmung durch tschechische Produkte oder Arbeitnehmer, vor welcher immer wieder gewarnt wurde (Stichwort „Sammelkrieg“). Auch als der Beitritt Tschechiens zur EU 2004 schon vollzogen war, schrieb der damalige Passauer PNP-Lokalchef Helmuth Rücker im Januar 2005 immer noch von den „Gefahren, die aus der EU-Osterweiterung für Ostbayern entstehen“. Und heute? Der Nachbar Tschechien wird höchstens wegen Temelin an den Pranger gestellt. Doch

mancher Abgeordneter hat bei der Atomgeschichte bekanntlich schon Salti vorwärts und rückwärts geschlagen. Aber: immer noch besser als ein Salto mortale!

### Bringt das Gutachten des Zukunftsrats nur Sorgen?

Einen gewaltigen Wirbel entfachte das in diesem Jahr vorgelegte Gutachten des ominösen „Zukunftsrats“. Mehr noch: Niederbayern fühlte sich in seinem Stolz verletzt. Inzwischen war aber Ministerpräsident Horst Seehofer zum Rapport in das Medienzentrum in Passau gebeten worden und er hatte auch beim CSU-Aschermittwoch völlig andere Töne angeschlagen. Sogar in die bayerische Verfassung soll jetzt „die Förderung des ländlichen Raums“ aufgenommen werden. Die angeblich empfohlene Ausgliederung nach Österreich ist in ferne Zeiten verschoben, die schon lange praktizierte Zusammenarbeit zwischen Niederbayern, Südböhmen und Oberösterreich aber soll mit neuem Leben erfüllt werden. Es geschieht dies zwar sowieso seit mindestens drei Jahrzehnten. Aber eine Neubesinnung schadet nicht. Das gilt übrigens auch für andere deutsche Grenzregionen. Außerdem war mit Seehofer erstmals ein bayerischer Ministerpräsident offiziell in Prag. Nicht bloß die alte Vergangenheitsbewältigung sollte in Zukunft auf dem Programm stehen, sondern die Zukunftsplanung durch großräumige Verkehrssysteme und nachhaltige Energiekonzepte. Wenn jetzt in Baden-Württemberg das „Projekt Stuttgart 21“ vernichtet, dort also auf die Fernverbindung Paris-Stuttgart-München-Wien verzichtet wird, dann sollte Ostbayern das Projekt Paris-Frankfurt-Nürnberg-Passau-Wien, aber auch Paris-Nürnberg-Prag-Wien ins Auge fassen. Bahnhofs-Unter-

tunnelungen braucht es dabei nicht.

„Wir sind nicht schlechter als die Metropolen, wir sind nur anders“. So lautet das selbstbewusste Bekenntnis der Provinz. Jetzt muss sich wieder jeder auf die Hinterbeine stellen. Das können durchaus Gesprächsteilnehmer unterschiedlicher Parteien sein, auch wenn diese sich manchmal schwer tun, sachlich zu bleiben. Aber auch hier gab es Vorbilder mit der „Passauer Runde“ oder mit dem „Drei-Länder-Eck“ Nordbayern-Sachsen-Westböhmen. Wichtig ist, dass vor den Sitzungen ausgereifte Konzepte und Papiere ausgearbeitet werden, so wie jetzt der Aktionsplan der CSU Niederbayern oder das hochschulpolitische Entwicklungspapier des Plattlinger MdL Bernd Sibler. Auf diesen aufbauend kann man sachlich und zukunftsorientiert diskutieren und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Vielleicht hat man inzwischen auch überall einen tieferen Einblick in das Zukunftsrats-Gutachten genommen. Denn vielleicht steht ja sogar Vernünftiges drinnen. Könnte man sich erinnern, dass es auch vor vierzig Jahren schon eine „Raumordnung“ mit Oberzentren, Mittelzentren und Unterbeziehungsweise Kleinzentren gab? Dass die staatliche Förderung abgestuft nach Zentrum-Begriff geflossen war? Und dass trotzdem Politiker, Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete, aber auch Kammern und Wirtschaftsverbände einiges bewegten, also nicht bloß „die da oben“ entschieden? Das gibt Hoffnung. Letztlich kommt es wieder auf den persönlichen Einsatz an. So wie die „Ostbayernrunde“ ans Werk ging, könnte auch dem „Zukunftsrat“ zu Leibe gerückt werden. Das „Europa der Regionen“ ist ein hoffnungsvoller Ansatz. Keine Macht den Metropolen!